

Zeitschrift:	Heimatschutz = Patrimoine
Herausgeber:	Schweizer Heimatschutz
Band:	85 (1990)
Heft:	3
Artikel:	Das neue Berner See- und Flussufer-Gesetz : positive Erfahrungen
Autor:	Hänggi, Jürg
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-175454

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

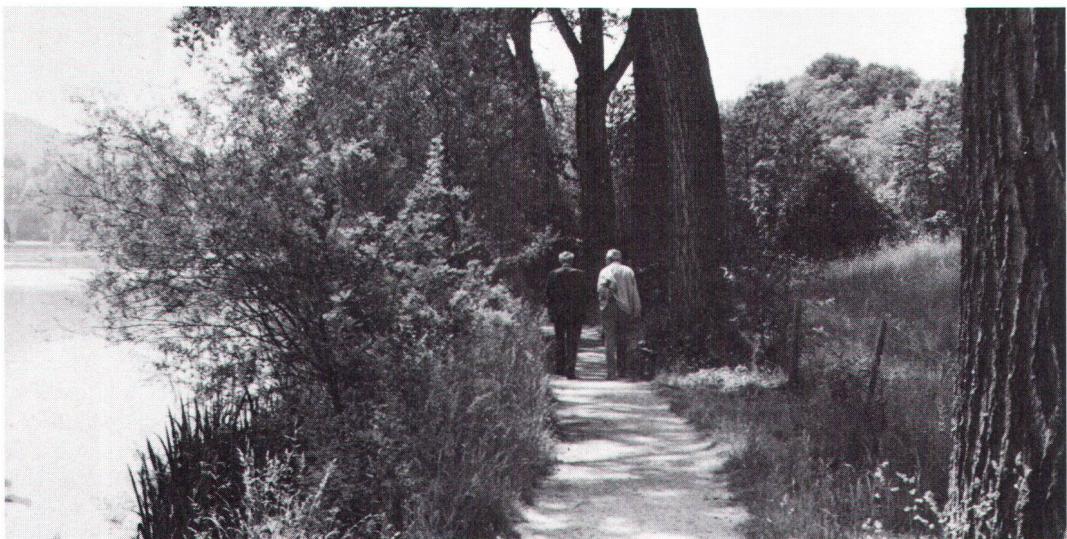
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Uferweg an der Aare mit Naherholungsfunktion (Bild Raumplanungsamt des Kantons Bern).
Chemin au bord de l'Aar, pour le délassement des habitants des quartiers voisins.

Das neue Berner See- und Flussufer-Gesetz

Positive Erfahrungen

Aufgrund einer 1980 von 19930 Stimmrechenten unterzeichneten Volksinitiative hat der Berner Souverän am 6. Juni 1982 das Gesetz über die See- und Flussufer (SFG) mit 127 187 Ja gegen 93 894 Nein angenommen. Es bezieht den Schutz der Uferlandschaft und die Sicherung des öffentlichen Zugangs zu See- und Flussufern.

Nach dem Gesetz haben die betroffenen Gemeinden bis Mitte 1987 Uferschutzpläne zu erlassen. Darin sind namentlich festzulegen:

– Uferschutzzonen im unverbauten Gebiet und Baubeschränkungen im verbauten Gebiet,

- ein durchgehender Uferweg,
- allgemein benützbare Freiflächen für Erholung und Sport,
- Massnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung naturnaher Uferlandschaften. Die See- und Flussuferrichtplanung als erste abgeschlossene Stufe des Gesetzesvollzugs hat die volle Unterstützung der massgebenden Schutzorganisationen erhalten (z. B. Berner Arbeitsgemeinschaft Naturschutz-Heimatschutz-Wanderwege, Naturschutzverband Thuner- und Brienzersee, usw.). Dies bewirkt, dass die Planung ausgewogen ist und insbesondere die Schutzanliegen angemessen berücksichtigt worden sind. Bis zum Erlass der Uferschutzpläne gilt gemäß Gesetz innerhalb von 50 Metern vom Ufer ein allgemeines Bauverbot; es sichert den nötigen Entscheidungsspielraum für den Vollzug des Gesetzes.

Der Uferweg

• Der Gesetzesauftrag

Das SFG verpflichtet in Arti-

kel 1 Kanton und Gemeinden, für öffentlichen Zugang zu See- und Flussufern zu sorgen. Zu diesem Zweck ist im Uferschutzplan gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b ein Uferweg festzulegen, der die besonderen Anforderungen von Artikel 4 Absatz 2 zu erfüllen hat, das heißt er muss durchgehend sein, unmittelbar dem Uferweg entlang führen und soll verkehrsfrei sein.

• Zweck

Der Uferweg sichert die öffentliche Uferzugänglichkeit für Fußgänger. In erster Linie dient er der ansässigen Wohnbevölkerung, dann der Naherholung und beschränkt dem Tourismus. Sein wesentlichstes Element ist ein attraktiver, möglichst direkter Bezug zum Wasser.

• Einpassung in die Uferlandschaft

Der Uferweg hat im Sinne der in Artikel 1 SFG formulierten Gesamtzielsetzung sowohl dem Schutz als auch der Zugänglichkeit Rechnung zu tragen. Er ist gut in die Uferlandschaft einzupassen:

- Die Wahl der detaillierten Linienführung hat unter größtmöglicher Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten (Geländeform, Vegetation) zu erfolgen.
- Störende Eingriffe in die

Uferlandschaft, zum Beispiel durch uneingesetzte Terrainveränderungen und Kunstbauten, sind zu vermeiden.

• Rücksicht auf Naturschutz

In empfindlichen, ökologisch wertvollen Bereichen hat der Uferweg die Anliegen des Naturschutzes zu berücksichtigen:

- Die Ufervegetation darf nicht beeinträchtigt werden. Sie ist geschützt durch das Bundesgesetz über Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1966 und die Naturschutzverordnung vom 8. Februar 1972 (Art. 13). Gemäß Artikel 21 NHG darf die Ufervegetation (wie Schilf- und Binsenbestände usw.) weder gerodet noch überschüttet noch auf andere Weise zum Absterben gebracht werden. Eine im öffentlichen Interesse erforderliche Beseitigung bedingt eine Bewilligung durch das Naturschutzzinspektorat.

- Der Wasserhaushalt schutzwürdiger Feuchtgebiete darf nicht gestört werden.

- Uferwegbenutzer sind durch geeignete Massnahmen von empfindlichen Lebensräumen fernzuhalten.

- Die detaillierte Linienführung und die bauliche Ausgestaltung sind in Absprache mit dem kantonalen Naturschutzzinspektorat festzulegen.

• Rücksicht auf Anliegen des Orts- und Denkmalschutzes

Der Uferweg ist in Bereichen historisch und kulturell wertvoller Bauwerke und Siedlungen möglichst gut in die bestehenden Strukturen zu integrieren.

Erhalten und Wiederherstellen

• Der Gesetzesauftrag

- SFG Artikel 1: Kanton und Gemeinden schützen die Uferlandschaft und sorgen für öffentlichen Zugang zu See- und Flussufern.

- SFG Artikel 3: Der Uferschutzplan legt namentlich fest: Absatz d: Massnahmen zur Erhaltung naturnaher

Uferlandschaften und zu ihrer Wiederherstellung.
Das See- und Flussufergesetz verpflichtet die Gemeinden:
– naturnahe Uferlandschaften zu erhalten
– zur Wiederherstellung naturnaher Uferlandschaften

- **Gesamtheitliche Betrachtung der Uferlandschaften**

Um die negativen Folgen des Nutzungsdruckes zu vermindern, müssen die Uferlandschaften in der Planung als Ganzes betrachtet werden. Anhand der Erholung wurden die komplizierten Beziehungen zwischen den natürlichen Gegebenheiten und den menschlichen Aktivitäten aufgezeigt. Dabei zeigt sich, dass die Probleme einer Landschaft nicht nur die Summe aller Einzelprobleme darstellen (z.B.: fischereibiologische Probleme, Hochwasserschutzprobleme). Die Beziehungen zwischen den einzelnen Teilauspekten und ihre Auswirkungen auf die Uferlandschaft müssen als Gesamtheit in die Planung einbezogen werden. Dabei muss das Gesamtinteresse über die einzelnen Nutzungsansprüche gestellt werden.

- **Pufferzonen schaffen**

Zwischen den Uferbereichen und den intensiv genutzten Gebieten muss eine naturnahe, extensive Pufferzone geschaffen werden. Nur so werden die Uferlandschaften vom Nutzungsdruck entlastet.

Der Vollzug

Die gesetzliche Frist zum Erlass der grundeigentümerver-

bindlichen Uferschutzpläne konnte nicht eingehalten werden. Die Ziele des SFG – der öffentliche Zugang zu den See- und Flussufern und die Erhaltung und Wiederherstellung naturnaher Uferlandschaften – sind nicht nur politisch anspruchsvoll, sondern auch für die Planung, für den Wasserbau und für den Naturschutz. Der Bau und Unterhalt der Uferwege, der Schutz von Schilf, Auen und Feuchtwiesen sowie die Wiederherstellung verbauter Ufer und Flussmündungen bedingen zudem eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Beteiligten.

Was hat das See- und Flussufergesetz in den acht Jahren seit Inkrafttreten bewirkt? Die *Bautätigkeit* an den Ufern konnte stark eingeschränkt werden. Durch den Auftrag des Gesetzes mussten die betroffenen Gewässer als Ganzes betrachtet werden. Dank der Auseinandersetzung mit den Uferschutzplanungen ist zudem bei den Beteiligten oft ein besseres Verständnis aufgetreten. Dies gilt insbesondere für den Wasserbau, bei dem naturnahe Uferverbauungen die konventionellen, harten Uferverbauungen abgelöst haben. Aufgrund des grossen Bedürfnisses nach Freiraum anlagen in Städtnähe werden in den Städten Bern, Biel und Thun – im Rahmen des SFG – Freiflächen mit Wasserbezug geschaffen.

Jürg Hänggi, Raumplanungsamt des Kantons Bern



La loi bernoise sur les rives

Résultats positifs

A la suite d'une initiative populaire appuyée par 19930 signatures, le peuple bernois a voté en 1982 une loi sur les rives des lacs et des rivières (LRLR) par 127187 oui contre 93894 non. Elle a pour objectif la protection des paysages riverains et la garantie d'un accès public aux rives.

Les Communes ont eu jusqu'à la mi-1987 pour élaborer des plans de protection, prévoyant notamment: des zones de protection riveraine dans le secteur non bâti et des restrictions à la construction dans les zones à bâtir; la création de chemins riverains; des mesures de préservation et de reconstitution de sites riverains le plus naturels possible. Les *chemins riverains* doivent longer la rive, être continus et interdits à la circulation motorisée. Ils doivent être bien intégrés au site: le choix détaillé du tracé doit tenir le plus grand compte des données naturelles (forme du terrain, végétation); les atteintes au paysage riverain, par exemple par des modifications de terrain et des ouvrages d'art, doivent être évités. Dans les zones vulnérables et écologiquement précieuses, la végétation rive-

Durch Wohn- und Ferienhäuser sowie den Bootstransport stark belastete Uferlandschaft am Wohlensee BE (Bild Raumplanungsamt des Kantons Bern). Paysage riverain fortement abîmé par les habitations, les maisons de vacances et la motorisation nautique (lac de Wohlen BE).

raine ne doit pas être altérée; la teneur en eau des zones humides dignes de protection ne peut pas être modifiée; les utilisateurs des chemins riverains doivent être tenus à distance des biotopes par des mesures appropriées. Enfin, dans les zones où se trouvent des édifices ou des ensembles bâtis historiquement intéressants, le chemin riverain doit être harmonieusement intégré aussi.

La LR oblige les Communes à conserver les paysages riverains dans leur état naturel, et à *reconstituer* les paysages riverains qui ont été altérés. Pour atténuer les effets négatifs de la *pression utilitaire*, les sites riverains doivent être considérés comme des ensembles dans la planification. L'intérêt général doit primer les prétentions individuelles et utilitaires. Entre les zones riveraines et les secteurs intensivement utilisés, il faut créer des *zones-tampons*, aussi proches que possible de la nature. Cela seul permet que les sites riverains échappent à la pression utilitaire. Le *délai* imparti aux Communes pour élaborer des plans de protection des rives, obligatoires pour les propriétaires fonciers, n'a pas pu être respecté, en raison de toutes les implications avec la protection de la nature, la construction hydraulique et surtout la planification. Mais des *résultats intéressants* ont déjà été obtenus: l'activité de la construction le long des rives a été fortement contenue; on en est arrivé à une meilleure compréhension des milieux intéressés, notamment dans le secteur de la construction hydraulique: on a renoncé aux ouvrages qui brutalisaient la nature. A l'Office bernois de l'aménagement du territoire, on espère que le changement actuel des mentalités contribuera à ce que la loi atteigne son but, et serve en même temps d'exemple pour d'autres cantons.